

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: 26. Nov. — 2. Dez. 1 Billion R. Einzelne Nummern 180 Milliarden R. Hauptverleger: Verlagsanstalt R. 21295 — Schriftleitung R. 14574 Postfachkonto Dresden R. 2486 — Stadtkontokonto Dresden R. 140

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingangsamt 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Redaktionsblätter: Landtags-Vollzug, Zeitungslisten der Verwaltung, der Staatskassen und der Landes-Kulturkassen, Jahresbericht und Rechnungsbilanz der Landes-Brandversicherungsanstalt. Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptchriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 273

Dresden, Montag, 26. November

1923

Auf dem Wege zur Bildung eines Kabinetts Albert.

Tönende Worte — doch kein Wille zur Tat!

Der Sozialdemokratische Parlamentarismus ist die durch die Demission Stresemanns und die Faltung der bürgerlichen Parteien geschaffene Lage und gelangt zu folgendem Ergebnis:

Noch bevor die Demission der Regierung Stresemann vollendete Tatsache war, waren sich die bürgerlichen Parteien, wenigstens in Worten, darüber einig, daß die Bildung des neuen Kabinetts, aus innen- und außenpolitischen Gründen, innerhalb 24 Stunden vorgenommen werden müsse. Im Verlauf des Sonnabends war den bürgerlichen Parteien vielfach Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob sie, entsprechend ihren schönen Worten, auch in der Tat das Bistand über die Parteien zu stellen geneigt wären. Wir haben nicht davon gemerkt, sondern müssen, im Gegenteil, feststellen, daß sie, ohne Ausnahme, ihre Parteinteressen vor das Wohl der Allgemeinheit gestellt haben. Die einen lehnten es ab, überhaupt einen Reichskanzler zu präsentieren, die anderen wollten nur einen bestimmten Mann vorschlagen, und als der Reichspräsident selbst endlich eine Persönlichkeit gefunden hatte, der es überlassen sein sollte, nach eigenem Ermessen eine Regierung zu bilden, lehnten die Deutschnationalen — zunächst ab, weil ihnen dieser Kandidat nicht paßte, und die eigene Fraktion, die Volkspartei, verweigerte ihrem Kandidat ebenfalls die Gefolgschaft. Trotzdem sind wir überzeugt, daß man auch für das Scheitern der Mission des Abg. Kardorff die Sozialdemokratie verantwortlich machen wird. Sie war bisher immer der Sündenbock! Schon nach dem Sturz Stresemanns schrieb man ihr die Aufgabe zu, den Reichskanzler zu nominieren, obwohl die bürgerlichen Parteien ihm noch schwerer die Gefolgschaft verweigert hätten, als es bei Herrn v. Kardorff der Fall war.

Der größte aller Demagogen aber ist und bleibt Herr Hertel. Er lehnt zunächst für seine Fraktion die Beteiligung an einer Regierung Kardorff ab, um sich dann in der ihm nahegelegenen Person selbst als Kandidat zu empfehlen und, ohne überhaupt berufen zu sein, gleich eine Zusage für die Übernahme der Regierungsgeschäfte zu machen. Diese Methode der Selbstanbidung bedeutet nichts anderes, als den Anfang einer neuen Intrige gegen den Reichspräsidenten. Wir wären nicht überrascht, wenn die Deutschnationalen schon in den nächsten Tagen erklären, ihre Bereitschaft, „Ordnung zu schaffen“, sei an der „parteilichen Haltung“ des Reichspräsidenten gescheitert. Schon deshalb glauben wir, darauf verzichten zu müssen, daß es sinnlos gewesen wäre, den deutschnationalen Abgeordneten Hertel mit der Regierungsbildung zu beauftragen, da ja volle Klarheit darüber bestand, daß nicht eine einzige bürgerliche Partei, selbst nicht die Deutschnationalen, bereit gewesen wären, sich geschlossen hinter einen Kandidat aus den Reihen der Deutschnationalen zu stellen. Wenn Herr Hertel trotzdem eine Regierung gebildet und sie dem Reichstag vorgestellt hätte, wäre seine Kanzlerschaft innerhalb 24 Stunden erledigt gewesen, da ihm das, nach der Verfassung notwendige, Vertrauen von vornherein verweigert war. Seine Beauftragung wäre also praktisch nichts anderes als eine Komödie gewesen, und der Reichspräsident konnte ihr deshalb keine Zustimmung nicht geben.

Mit dem Scheitern der Mission Kardorffs und infolge der Haltung der bürgerlichen Mittelparteien, die den ersten Willen zur Lösung der Krise in Wirklichkeit überhaupt nicht hatten, auch eine Auflösung des Reichstags nicht wünschen, sondern dem Leben Volt am liebsten alles überlassen, sind die letzten parlamentarischen Möglichkeiten zur Neubildung einer Regierung vorläufig erschöpft. In dieser Situation blieb, als einzige Hoffnung, die Initiative des Reichspräsidenten. Er hatte zweifellos eine sehr schwere Aufgabe zu lösen, die vielleicht dadurch etwas erleichtert würde, daß er nur noch die Kundwahl unter zwei Möglichkeiten hätte. Er konnte entweder den Reichstag sofort auflösen und das gestrige Kabinett mit der Fort-

führung der Geschäfte bis zur Erledigung der Neuwahlen betrauen, oder aber die Bildung einer Regierung, ohne vorläufige Zustimmung der Parteien, vornehmen lassen, die vor den Reichstag tritt, ihr Programm abgibt und dann die Vertrauensfrage stellt. (Diesen Weg hat er gewählt. D. Red.) Wird die Vertrauensfrage verneint, dann bleibt dem neuernannten Reichskanzler nichts anderes übrig, als, unter Zustimmung des Reichspräsidenten, Neuwahlen anzusprechen und bis zum Wiedereintritt des neu gewählten Reichstags die Geschäfte zu führen.

Es ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß die bürgerlichen Parteien, unter dem Druck der

von ihnen selbst herausgesprochenen Lage, plötzlich ihre Auffassung wieder ändern und sich für Kombinationen begeistern, die sie noch gestern mit Entschiedenheit von sich gewiesen haben. Jedenfalls ist der Sozialdemokratie die Fähigkeit, sich, nach dem Rat des Herrn Hertel, anzubieten, nicht gegeben. Andererseits würde sie aber auch, nach wie vor, den Ruf zur positiven Mitarbeit nicht ohne weiteres ablehnen. Sie drängt sich nicht nach Ministerstellen, sondern sieht der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegen: mag sie die Auflösung des Reichstags oder irgendein Kabinett ohne ihre Beteiligung bringen!

„Eine Regierung bewährter Männer“.

Berlin, 26. November.

Der Reichspräsident hat gestern, unter Ausschaltung der Parteien, die Versuche zur Lösung der Regierungskrise fortgesetzt. Er empfing im Laufe des Vormittags den Reichswehrminister Dr. Gekker und den früheren Schatzminister Dr. Albert zu einer gemeinsamen Besprechung. Später besprach er die Lage mit dem Reichsinnenminister Dr. Jarrod und empfing dann anschließend den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Die Unterredungen führten zu dem Ergebnis, daß die Versuche zur Bildung einer Koalitionsregierung im Augenblick ohne Erfolg bleiben müßten. Aus diesem Grunde sah sich der Reichspräsident veranlaßt, im Laufe des Nachmittags folgendes Schreiben an den früheren Reichsschatzminister Dr. Albert zu richten:

„Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihr vaterländisches Pflichtgefühl, Ihre mir angelegerten und auch von mir gewürdigten Bedenken zurückzusetzen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für eine umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

gez. Ebert.

Nach dem Empfang dieses Schreibens hatte Dr. Albert erneut eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Er erklärte sich bereit, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Es ist anzunehmen, daß die neue Regierung bereits heute endgültig gebildet wird und sich am Mittwoch dem Reichstag vorstellt. Die Minister Brauns, Jarrod und Gekker dürften der Regierung Albert bestimmt angehören. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch ein Teil der übrigen Minister des Kabinetts Stresemann in ihren Ämtern verbleiben. Dr. Stresemann selbst hat es abgelehnt, das Außenministerium zu übernehmen.

Die Haltung der Sozialdemokratie zu der neuen Regierung Albert hängt nicht nur von deren Programm, sondern auch von ihrer Zusammenfassung ab.

Die Bemühungen zur Lösung der Krise.

Die schnell erledigte Kandidatur Kardorff.

Berlin, 26. November.

Aber die bis in die Vormittagsstunden des Sonntag fortgesetzten, vergeblichen Bemühungen, die Regierungskrise einer Lösung zuzuführen, erzählt Ihr Berichterstatter folgendes:

Der Führer der Deutschnationalen Fraktion, Hertel, der noch am Freitag abend vom Reichspräsidenten empfangen wurde, verlangte in dieser Besprechung nicht die Bildung des Kabinetts durch einen deutschnationalen Abgeordneten, sondern er machte den Vorschlag, einen Vertreter der Volkspartei, unter Beteiligung der Deutschnationalen, mit der Regierungsbildung zu betrauen. Reichspräsident Ebert gab Dr. Schulz von der Auflösung der Deutschnationalen Kenntnis. Noch am Freitag abend

nahm die volksparteiliche Fraktion zu dem Standpunkt der Deutschnationalen Stellung und beschloß, sich an einem nach rechts erweiterten Kabinett nur unter Führung des Reichskanzlers Dr. Stresemann zu beteiligen. Am Sonnabend vormittag besaßte sich auch die Zentrumsfraktion mit der Krise. Sie beauftragte den ehemaligen Reichskanzler Fehrenbach, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß unter keinen Umständen der Kanzler aus den Reihen des Zentrums gestellt werden könne. Dieser Standpunkt wurde besonders von dem ehemaligen Zentrumsmann Egerwald vertreten.

Erst im Laufe des Sonnabends nachmittags, nachdem der Reichspräsident zuvor noch einmal

mit den Führern der Mittelparteien Führung gesucht hatte, laudete die Kandidatur Kardorff auf. Dieser Vorschlag kam aus den Reihen des Zentrums und wurde von den Demokraten lebhaft unterstützt. Gleichzeitig bestand die Neigung, einen bayerischen Volksparteiler in das Kabinett aufzunehmen, der als Verbindungsmann zu den Deutschnationalen gelten sollte. Es war geplant, das neue Kabinett mit wechselnden Mehrheiten regieren zu lassen.

Als Dr. v. Kardorff vom Reichspräsidenten befragt wurde, ob er bereit sei, die Kabinettsbildung zu übernehmen, hat er sich eine kurze Bedenkzeit aus. Er verhandelte zunächst mit dem deutschnationalen Abg. Hertel im Beisein seines Fraktionskollegen Dr. Heintze. Später führte Kardorff Besprechungen mit dem Zentrumsführer Marx und dem Vorsitzenden der demokratischen Fraktion, Dr. Petzsch. Vor Beginn der Fraktionssitzung der Volkspartei vergewisserte sich der Kandidat die Mitarbeit des bisherigen Post-, Ernährungs- und Arbeitsministers. Die übrigen Ämter sollten mit Nichtparlamentariern besetzt werden, wobei für das Finanz- und Wirtschaftsministerium an Herrn Minoung gedacht worden war. Die Pläne Kardorffs wurden jedoch hinsichtlich der ablehnenden Haltung der Deutschnationalen und der Stellungnahme seiner eigenen Fraktion. Die Deutschnationalen lehnten Kardorff als Kanzler ab, während die Volkspartei sich gegenüber seinen Bestrebungen, daraufhin eine Regierung zu bilden, ebenfalls ablehnend verhielt. Kardorff mußte deshalb gegen 9 Uhr abends den Wunsch des Reichspräsidenten, gezwungen durch seine eigene Fraktion, ablehnen.

Nachdem die Kandidatur Kardorff unmöglich gemacht worden war, ließ Herr Hertel in den Wandeltagen des Reichstags erklären, daß er, ebenso wie jeder andere Deutschnational, eine ihm übertragene Kabinettsbildung unter allen Umständen anzunehmen bereit wäre, bevor sie jedoch zur Regierungsbildung schreiten würden, wollten sie zunächst den Versuch machen, vom Reichspräsidenten die Order zur Auflösung des Reichstags zu erhalten, um, im Falle einer Verneinung der Vertrauensfrage durch das Parlament, sofort Neuwahlen anzusprechen zu können.

Partei und Republik.

Von Politisobert Dr. Hermann Schöpinger.

Während in der Reichshauptstadt der Kampf um die politische Macht über das Reich in voller Öffentlichkeit vor sich geht, spielt sich in Sachsen in aller Stille ein erbitterter Kampf um die Entrepublikanisierung einer der Länder-Verwaltungen ab. Die erste große Lüge über Sachsen: die angeblichen Blinderungen und Ausschreitungen der proletarischen Hundstschäfer, hat dazu beizutragen müssen, die militärische Exekutive gegen den Freistaat anzuknüpfen; die zweite große Lüge: die angebliche „Überpolitisierung“ der Verwaltung, soll dazu dienen, das Republikanisierungswort in Sachsen zu diskreditieren und, nach der militärischen Vergewaltigung, eine Festschlagung der republikanischen Verwaltung, zunächst der Polizei mit Hilfe des Ausnahmezustandes, dann der übrigen Ressorts durch irgendwelche staatsrechtliche Experimente folgen zu lassen. Bedauerlicherweise hat sich nun auch die Ortsgruppe Dresden des Deutschen Republikanischen Reichsbundes dazu beugen lassen, diese Aktion durch eine große, im reaktionären Blätterwald mit Begeisterung aufgenommene Resolution moralisch zu unterstützen und hat damit, zur Freude unserer Gegner, die junge hoffnungsvolle Bewegung des D.R.B. in den Kreisen der sächsischen Arbeiterschaft mit einem tödlichen Streich versehen.

Die Abwägung der republikanisierten sächsischen Verwaltung ist nicht allein eine Angelegenheit Sachsens, sondern der gesamten vorwärts drängenden jungen deutschen Republik. Sie wird vollzogen unter der Mitherrschaft und

unter dem Deckmantel der Säuberung Sachsens von dem „kompromittierten System Reigner“. Es ist richtig, daß die kunstgerechte Erfassung der wichtigsten Schlagadern der Staatsverwaltung, die sich — wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß — nicht allein an den Spitzen des Kabinetts, sondern vor allem in den „Abteilungen“ der Ministerien und in den prominenten Sachbearbeitern der Landes- und Provinzialverwaltungen befinden, das Werk des Ministerpräsidenten Dr. Reigner und seines Innenministers Liebmann ist. Der „Fall Reigner“, der, nebenbei bemerkt, an untergeordneter Stelle als Musterbeispiel einer niederrichtigen Pressefragade erlautet ist, soll nun dazu herhalten, die von Reigner berufenen Männer, als Exponenten eines verkommenen Partei-Regimes, zu betiteln und als das zu zerlegen, was in dreiviertel Jahren zäher Verrottungsreform aufgebaut wurde.

Werin bestand nun eigentlich das Verwerfliche der Reignerischen Republikanisierungspolitik? Reigner und Liebmann begnügten sich nicht damit, von ihrem Ministerjessell aus durch Verordnungen ihre Untertanen zu regieren, sondern sie betrafen sich aus Sachsen und aus dem ganzen Reich Männer die, als Spezialisten auf bestimmten Gebieten der Verwaltung und als Vorkämpfer der Republik, sich einen Namen gemacht hatten. Damit besetzten sie die Haupt-„Arbeitszentren“ der Verwaltung und schufen sich dadurch die Garantie dafür, daß die Gesetze und Verordnungen nicht auf dem Papier stehen blieben. Die mittlere und die untere Beamtenschaft, deren strebsame Elemente zur höheren Beamtenschaft heraufgehoben wurden, lernten am Beispiel ihrer republikanischen Vorgesetzten, daß die geistige Gemeinschaft zwischen Hand- und Kopfarbeitern doch ein Ding sei, das keine tiefe Verrentung habe und viel mehr den ideellen und materiellen Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger entspreche. Vor allem: es wurde nicht mehr als „vornehm“ empfunden, den milden Relationen zu spielen.

Nun legitimierten mich meine Broschüre „Der Kampf um die Republik“ und eine Anzahl von Artikeln über das Republikanierungsproblem als eine Persönlichkeit, die sich niemals in die Parteischablone hat spannen lassen. Als ehemaliger Führer der bayerischen und der hessischen Reichsbund-Bewegung und als Gründer so mancher Ortsgruppe im Norden und Süden des Reiches habe ich in unserer Verbetätigung immer Überparteilichkeit der Personalpolitik verlangt. Ich habe mich auch jederzeit, inner- und außerhalb meines Amtes, gegen die Einmischung der Beamtenschaft in die reine Spezial-Personalfragen gewandt. Darum kann ich jetzt, mit um so größerem Gewicht, feststellen, daß der Vorwurf der „Partei-Enge“, welcher der Reigner-Liebmannschen Republikanierungsaktion gemacht wird, zu Unrecht erhoben wird. Die Warnungen, die ich vor Monaten gegen eine Überspannung des Parteimäßigens in der Personalpolitik erhoben habe, gingen — wie jeder Eingeweihte weiß — gegen die „Rebengeneration“ gewisser Beamtenschaftskreise, die, seit dem Bestehen der Regierung Reigner-Liebmann, vor keinem Sabotage-Akt zurückgeschreckt sind. Ich weiß aus meinen Vortragserfahrungen für den Republikanischen Reichsbund Sachsen, daß in einer großen Zahl von Städten und Amtshauptmannschaften die Arbeitererschaft als Bollwerk ihres politischen Willens sich Republikaner aller Parteien genommen hat, wenn sie als tüchtige Verwaltungsbeamte und eheliche Staatsbürger bekannt waren. Um aus meinem eigenen Ressort Einiges herauszuheben, möchte ich feststellen, daß z. B. unter den im

August in Dresden befürworteten drei Polizei-Hauptleuten 1 Sozialdemokrat, 1 Demokrat und ein Parteilofer war. Am Tage vor meiner Amtseinführung durch General Müller lief weiterhin — unbefehligt durch irgendwelchen Trud inner- oder außerhalb des Präsidiums Dresden — ein Beförderungsvorschlag aus mit folgendem Inhalt: Zum Polizei-Major: Ein parteiloser ehemaliger Armeekorps-Offizier; zu Polizei-Hauptleuten: Zwei parteilose ehemalige Armeekorps-Offiziere, 1 blaue Polizei-Offizier, von denen 2 der S.P.D., 1 dem Zentrum nahe stand, und 1 Parteilofer. Es ist also eine able Ver-

leumdung, daß in Sachsen lediglich das Parteibuch und nicht die sachliche und persönliche Tüchtigkeit maßgebend für den Aufstieg gewesen seien. Schranken der Geburt, des „Eingetragenseinens“, der Primarstufe und ähnliche Scherze haben allerdings bei der Bemessung der beruflichen Fähigkeiten keine Rolle gespielt.

Selbstverständlich sind da und dort manche Fehlgriffe vorgekommen. Das soll aber auch in Preußen und in anderen deutschen Staaten vorkommen, wo man sicher, wie in Sachsen, nicht scheut, die geeigneten „Nieten“ wieder zurück-

zugeben. Der neueste, von der Reaktion so schon ausgekostete Vorstoß des Reichsbundes der Ortsgruppe Dresden des Republikanischen Reichsbundes ist für Kenner der Verhältnisse nur zu verstehen als die Explosion einer Mine, die von einem Kreis von Unzufriedenen, ohne Willen der Mitgliedschaft, erfolgt ist. Darüber aber wollen wir uns doch auch klar sein, daß die Bewegung des Republikanischen Reichsbundes nur dann fruchtbar für die Einwurzelung des republikanischen Gedankens im Volk und in seiner Verwaltung wirken kann, wenn sie durch lebendige Fäden mit dem Massenwillen der republikanischen Parteien verbunden ist. Ein Klub heimlicher Intellektueller wird niemals den Staat republikanisieren und die Kraft zwischen bürgerlichen und sozialistischen Republikanern schließen können. Die Partei, der wir die Treue gelobt haben, soll in der Gemeinschaft des Republikanischen Reichsbundes, in ihren überparteilichen Zielen lebendig werden, wenn diese Kampfgemeinschaft um die Republik den Boden realer Innenpolitik nicht unter den Füßen verlieren will. Die eigene Partei darf aber dort nicht sabotiert und geschleht werden!

Die im Republikanischen Reichsbund zusammengeflohenen Verbände, vor allem unsere republikanische Jugend, wird, trotz aller Vergewaltigungen des republikanischen Sachsens, in dem Glauben nicht irre werden, daß wir, die wir für eine Erneuerung des Geistes der deutschen Beamtenschaft eintraten ohne Bindung an parteimäßige Schranken und Korporationsidee, daß wir gekämpft haben und kämpfen werden, den Weg zu weisen zu einer Zeit, in welcher der bedrückte Körperbau, der Buchschäfer und der Reservistoffizier reiflos aus den Amtsstuben der deutschen Republik verschwindet, und neue Männer, vom Arbeitswillen und der Schaffenskraft der Kopf- und Handarbeiterschaft gebildet, die Schulen befreien von der dumpfen Luft der Bigotterie und des Gottesgnadentums, die Gesichte vom Hütel und Staatsanwalt der Weimarerhelmschen Zeit, die Gebäude der Polizei und Wehrmacht von dem Gestank der englischen Kaiserlichkeitsstrategen, die, zum Lohn und Spott der deutschen Republik — wie es dort unten im Eiden geschah — den Eid auf die Verfassung zerreißen!

Die heikle Aufgabe der Militärkontrollkommission.

Englische Richtlinien.

London, 25. November.

Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt, es wird erwartet, daß die interalliierte Militärkontrollkommission Anfang dieser Woche in Berlin zusammenzutreten wird. Das britische Mitglied der Kommission Genham müsse in enger Fühlung mit dem Foreign Office bleiben, bei der heiklen Arbeit der Wiederherstellung der militärischen Kontrolle über Deutschland, dessen künftige Lage nicht vorausgesehen werden könne.

Die Politik, die er durchzuführen hat und wozu er in enger Fühlung mit Lord Curzon steht, bezwecke sicherzustellen, daß kein Versuch gemacht werde, eine Kontrolle in Teilen Deutschlands auszuüben, wo augenblicklich die Berliner Regierung keinerlei wirksame Autorität ausüben könne. Nach britischer Ansicht würde es ein Hohm sein, Annahmendes von Deutschland zu fordern und dann seine Nichterfüllung als Verzug anzusehen.

daß die Replo über den Ertrag der Steuern und die Rückzahlung der Besatzungskosten zu entscheiden haben wird. Nach dem „Temps“ sei nun zu bestimmen, ob diese Stipulation der Kompetenz der Replo untersteht oder von den alliierten Regierungen selbst geregelt werden muß.

Eine deutsche Note an Belgien.

Brüssel, 25. November.

Der deutsche Geschäftsträger überreichte gestern vormittag dem Minister des Äußeren, Jaspar, eine Note, die ausführliche Darlegungen zu den belgischen technischen Studien enthält, und erklärt, seine Regierung sei bereit, die Grundzüge des Reparationsproblems auf der Grundlage dieser Studien fortzuführen. Die belgische Regierung wird diese neue Note der Reparationskommission übermitteln, die bekanntlich gegenwärtig die im letzten Stadium veröffentlichten belgischen Studien prüft.

Südslawien zur Reparationsfrage.

Belgrad, 25. November.

Die regierungsoffizielle „Samoprawa“ unterzieht heute die Reparationsfrage einer eingehenden Würdigung und gibt den Standpunkt der südslawischen Regierung wieder. Grundsätzlich, sagt der Artikel, gebiete nicht nur das wirtschaftliche Interesse Südslawiens, sondern auch der gesamte politische Zustand Europas, daß das ganze Reparationsproblem endlich endgültig geregelt werde. Aber die noch ungelärten Differenzen zwischen den Großmächten liegen heute wenigstens die Schaffung eines Übergangszustandes und eine zeitliche Lösung zu, die auf die fast herabgeminderte Leistungsfähigkeit Deutschlands Rücksicht nähme und die Gesamtsumme der Reparationsforderungen und die Lösung des internationalen Schuldenproblems wie schon im März 1922 nicht beträhe. Es wäre auch interessant, zu hören, welche Vorschläge Deutsch und selbst machen könne. Südslawien teile hinsichtlich des Gesamtbeitrages der Reparationen und der Frage der internationalen Schulden den französischen Standpunkt, hinsichtlich der Fortführung der Sachleistungen aber, womit auch die deutsche Industrie und das Gewerbe unterstützt würden, die italienische Meinung. Der Artikel unterstreicht wiederholt, es sei Rücksicht auf die heutige wirtschaftliche Lage Deutschlands zu nehmen und man müsse Deutschland Unterstützung zur Sanierung seiner Wirtschaft gewähren.

Der Fortbestand der Reparationskommission nicht sichergestellt.

Paris, 25. November.

Der „Matin“ schreibt, daß die deutsche Regierung, die nach dem Friedensvertrag für den Unterhalt der Reparationskommission sorgen müsse, bis zum Monat Juli ihre Verpflichtungen nach dieser Richtung erfüllt habe. Seitdem aber sei trotz wiederholter Aufforderungen die fällige Summe nicht gezahlt worden. Die Replo habe deshalb die notwendigen Summen für die Bezahlung der Beamten aus einem Referendums genommen, dessen Höhe 25 Millionen Franken betragen. Diese Summe genüge, um bis zum 31. Januar die dringenden Ausgaben zu decken.

Obwohl man einen starken Prozentsatz des Personalverlustes, könne man den Fortbestand der Replo nur für zwei bis drei Monate sicherstellen.

Ministerpräsident Poincaré hatte heute eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou. Aus einer Mitteilung des „Matin“ ergibt sich, daß über das deutsche Exposé beraten wurde, das Staatssekretär Fischer über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands vor der Replo gegeben hat. Außerdem ist über den vorgeschlagenen abgehandelten Dasselborfer Lieferungsvertrag verhandelt worden, dessen Artikel 17 vorschreibt,

Marrismus.

Deutschnationale Männer und deutschparteiliche Stresemann machen heute in „Marrismus“. Die deutschnationale Straße schreibt sich heifer über den „jüdischen Marrismus“. Der Marrismus ist zum gestiegenen Wort geworden, und doch weiß kaum einer, der den Marrismus im Munde führt, diesen zu definieren.

Der Marrismus soll „jüdisch“ sein. Dabei erklärte schon 1845 Karl Marx, wie P. Kampffmeyer in einer zeitgemäßen gebräugten Studie „Jüdischer Marrismus“ (Dietz-Verlag, Berlin) nachweist, dem „praktischen, realen Judentum“ den Krieg und bestmögliche eine Gesellschaftsorganisation, die, mit dem Schächer, zugleich den jüdischen Schächer umschließt macht.

Der Marrismus ist nicht eine Erfindung des jüdischen Geistes, er ist, in seiner Betrachtung und Forschungsmethode, stark vom preußischen Staatsphilosophen Hegel bestimmt worden. Die erste feste Form des Marrismus tritt in der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ von Friedrich Engels auf. Dieser aber entkamt einer pietistischen Fabrikantenfamilie. Schon 1845 stellt sich der Marrismus als ein gesellschaftswissenschaftliches und nationalökonomisches System dar. Die sogenannten jüdischen, marxistischen Theorien von den sozialen Klassen und vom Klassenkampf finden sich schon in den patriotischen Phantasien des konservativen Standesmannes Julius Röcher. Diese Theorien sind wahrlich keine jüdisch-marxistische Erfindung.

Der Marrismus hat mannigfache Korrekturen erfahren — selbst von der Hand von Karl Marx. Man vergleiche nur sein „Kommunistisches Manifest“ mit seiner „Inauguraladresse“ an die Internationale. In Deutschland ist der Marrismus durch die revolutionäre Bewegung gegangen, und in Österreich gab der sogenannte „Austromarrismus“ dem Marrischen System manche eigenartige Deutung und Fortbildung. Der Marrismus ist ein in Peter

Umbildung begriffenes nationalökonomisches und soziologisches System.

Das Werden der sozialistischen Massenparteien setzte erst nach dem Tode von Karl Marx ein. Seit dem Tode dieses großen Sozialisten änderten sich wesentlich die Wirtschafts- und Klassenverhältnisse und damit auch die theoretischen und faktischen Programme der Arbeiterklasse.

Der Marrismus ist als wissenschaftliches System weder schwarz-weiß-rot noch blau-weiß-rot. Aber die Anhänger dieses Systems sind gute Deutsche und gute Franzosen gewesen. Marx arbeitete 1848/49 an der Gestaltung eines demokratischen Groß-Deutschland, Engels tatelste in schroffer Form die Übergänge Frankreichs in der Rheinlandsfrage, und Marx warnte Deutschland vor der Annexion Elsaß-Lothringens, da diese einen Weltkrieg entfachen würde.

Der Marrismus ist weder staatszerstörend noch undeutsch. Er ist heute von den Kopfstehern der Reaktion zu einem Schlagwort herabgewürdigt worden, mit dem sie das Volk zu täuschen und irrezuführen suchen.

Violin-Konzert. (Jan Dahmens) Beim Rückblick auf die Konzerte der vergangenen Woche darf der Violin-Abend Jan Dahmens nicht unerwähnt bleiben. Der holländische Geiger hat sich in hohem Grade die Kunst des musikalischen Treibens gewonnen; er ist ungewöhnlich eine künstlerische Persönlichkeit. Bisher gründete sich sein schnell gewonnener Ruf auf seine Tätigkeit als Konzertmeister der Philharmoniker wie als Führer des Dresdener Streichquartetts. Jetzt verlegt er sich aufnehmend ausschließlich auf sein Wirken als Solist, und da wurde denn zunächst bemerkt, daß er diesmal keine Hoch-Weige spielte, anscheinend vielmehr ein altägyptisches Instrument. Unter seinen Darbietungen fand mir obenan die Wiebergabe des Doctoreschen Violin-Konzerts die, nach jeder Richtung, eine Leistung allerersten Ranges war (am Klavier Wilhelm Scholz). Der Musikrichtung des Werkes und das musikalische

Temperament Dahmens stimmte wunderbar überein. Die technischen Schwierigkeiten fielen für ihn nicht ins Gewicht, wie er auch die Bachsche G-moll-(Solo-)Sonate mit einer Brillanz spielte, die hinreichend empfunden wurde. Diesem zweiten Violin-Abend wird Dahmens im Januar noch einen dritten folgen lassen. Seinen Wohnsitz hat der Künstler nach wie vor in Dresden. O. S.

Beethoven-Abend. (Franz Wagner, Rudolf Bärtlich, Georg Wille.) Drei Träger im musikalischen Leben unserer Stadt ihres fest begründeten Rufes sich erstreckender Namen waren es, die sich gestern im Palmengartenjause zusammengekommen hatten, und zwar im Namen Beethovens, dessen Zugkraft sich wieder von neuem bewährte. So war eigentlich also auch der Abend der Kritik entrückt. Die Herren begannen mit dem ersten der beiden Klavierkonzerte op. 70, dem in D-dur mit der Zeit der jungen Romantik, kommenden Benennung „Geister“ oder wohl auch „Fledermans“-Trio. Sie bezieht sich natürlich auf den langsame Mittelteil (Largo), der allerdings wie ein „Kochtopf“ à la G. F. H. Hoffmann ammutet. Dem brillant gespielten Presto-Finale folgten die Variationen (G-dur) op. 121a über das auf diesem Wege unsterblich gewordene Liebeslied Wenzel Müller. „Ich bin der Schneider Kuba“, die selber, wie ihre Wiebergabe, stürmischen Beifall auslösten. Der Reiz dieser an seinen Tagen reichen Variationen liegt in der Art und Weise, wie sich der „lechte Beethoven“ mit dem Thema musikalisch auseinandersetzt, teils mit Humor und Witz, teils mit fingiertem und oft auch wieder mit wirklichem Ernst. Das B-dur-Trio op. 97, ein in seinem Erfindungs- und Gestaltungsweltum mit Recht erklärter Wiedling aller Musikfreunde, gab die wunderwolle Krönung des Abends, der für die in ihrem künstlerischen Vermögen, wie gesagt, beglückigten Herren einen vollen Erfolg bedeutete.

Ophéus-Konzert. Der Männergesangverein „Dresdener Ophéus“ (gegr. 1834) hat von je innige Beziehungen zu Robert Volkmann unterhalten. Mit einem seiner schwersten und langjährigsten Chöre, dem „Geistessturm“, erlangte die Sängerschaft beim Preisfesten schaffischer Männerchöre 1901 in Dresden den ersten Preis. So beging man denn auch am Sonntag den 20. im Werkhause zunächst eine musikalische Feier für den 40. Todesgedenktag des berühmten Tonbilders, der am 30. 10. 1883 starb. Der „Alteutsche Hymnus“, in Dresden bisher noch unbekannt, stellt mit dem achtstimmigen Toppelchor in der Harmonisierung und rhythmischen Gestaltung große Anforderungen, die jedoch unter Heinz Knoll's Stabführung fast restlos erfüllt wurden. In die Knoll besitzt der Verein überhaupt einen Rufster von vielseitiger Bildung und einen strebsamen Dirigenten, dem es Herzenssache ist, fesselnde Vortragsbedingungen auszumachen und diese mit der nötigen Sorgfalt vorzubereiten. Ferner konnte man gleich beim Eröffnungshörsaal erkennen, mit welcher Sangesfreude die in fastlicher Zahl anwachsenden „Ophéiden“ ihrem Chormeister folgten. Leichter als die „Hymne“ wogen die Stimmungsbilder „Von der Koppe“ und „An eine Tänzerin“, doch auch diese beiden Chöre (der letzte sogar in der Uraufführung) fanden mit Recht starken Beifall. In den Volkstümlichen Momenten erfüllte Violin-Romane in B-dur, die Leni Reich-Buchheim-Dresden auf einer wunderbaren Hoch-Weige hinreichend schön spielte. Die geschätzte Künstlerin (Schule Prof. Oberhardt) hat in der letzten Zeit an technischer Vollkommenheit und stilvoller Vortragstaktik erheblich gewonnen. Davon überzeugte in noch höherem Grade die faszinierende Wiebergabe der Kapodie von Volkmar Andrae (Jülich) und die der A-dur-Sonate (für Violine allein) von Max Regner. Mit Recht ließ die Geigerin ihren Partner am Flügel, Dr. Knoll, an den schmerzlichhaften Übungen teilnehmen. Der „Ophéus“ hat des weiteren noch eine Reihe wertvoller Neuheiten. „Das deutsche Lied“ von Friedrich Brandes (Leipzig) geht, wie die Dichtung von

halten. Mit einem seiner schwersten und langjährigsten Chöre, dem „Geistessturm“, erlangte die Sängerschaft beim Preisfesten schaffischer Männerchöre 1901 in Dresden den ersten Preis. So beging man denn auch am Sonntag den 20. im Werkhause zunächst eine musikalische Feier für den 40. Todesgedenktag des berühmten Tonbilders, der am 30. 10. 1883 starb. Der „Alteutsche Hymnus“, in Dresden bisher noch unbekannt, stellt mit dem achtstimmigen Toppelchor in der Harmonisierung und rhythmischen Gestaltung große Anforderungen, die jedoch unter Heinz Knoll's Stabführung fast restlos erfüllt wurden. In die Knoll besitzt der Verein überhaupt einen Rufster von vielseitiger Bildung und einen strebsamen Dirigenten, dem es Herzenssache ist, fesselnde Vortragsbedingungen auszumachen und diese mit der nötigen Sorgfalt vorzubereiten. Ferner konnte man gleich beim Eröffnungshörsaal erkennen, mit welcher Sangesfreude die in fastlicher Zahl anwachsenden „Ophéiden“ ihrem Chormeister folgten. Leichter als die „Hymne“ wogen die Stimmungsbilder „Von der Koppe“ und „An eine Tänzerin“, doch auch diese beiden Chöre (der letzte sogar in der Uraufführung) fanden mit Recht starken Beifall. In den Volkstümlichen Momenten erfüllte Violin-Romane in B-dur, die Leni Reich-Buchheim-Dresden auf einer wunderbaren Hoch-Weige hinreichend schön spielte. Die geschätzte Künstlerin (Schule Prof. Oberhardt) hat in der letzten Zeit an technischer Vollkommenheit und stilvoller Vortragstaktik erheblich gewonnen. Davon überzeugte in noch höherem Grade die faszinierende Wiebergabe der Kapodie von Volkmar Andrae (Jülich) und die der A-dur-Sonate (für Violine allein) von Max Regner. Mit Recht ließ die Geigerin ihren Partner am Flügel, Dr. Knoll, an den schmerzlichhaften Übungen teilnehmen. Der „Ophéus“ hat des weiteren noch eine Reihe wertvoller Neuheiten. „Das deutsche Lied“ von Friedrich Brandes (Leipzig) geht, wie die Dichtung von

halten. Mit einem seiner schwersten und langjährigsten Chöre, dem „Geistessturm“, erlangte die Sängerschaft beim Preisfesten schaffischer Männerchöre 1901 in Dresden den ersten Preis. So beging man denn auch am Sonntag den 20. im Werkhause zunächst eine musikalische Feier für den 40. Todesgedenktag des berühmten Tonbilders, der am 30. 10. 1883 starb. Der „Alteutsche Hymnus“, in Dresden bisher noch unbekannt, stellt mit dem achtstimmigen Toppelchor in der Harmonisierung und rhythmischen Gestaltung große Anforderungen, die jedoch unter Heinz Knoll's Stabführung fast restlos erfüllt wurden. In die Knoll besitzt der Verein überhaupt einen Rufster von vielseitiger Bildung und einen strebsamen Dirigenten, dem es Herzenssache ist, fesselnde Vortragsbedingungen auszumachen und diese mit der nötigen Sorgfalt vorzubereiten. Ferner konnte man gleich beim Eröffnungshörsaal erkennen, mit welcher Sangesfreude die in fastlicher Zahl anwachsenden „Ophéiden“ ihrem Chormeister folgten. Leichter als die „Hymne“ wogen die Stimmungsbilder „Von der Koppe“ und „An eine Tänzerin“, doch auch diese beiden Chöre (der letzte sogar in der Uraufführung) fanden mit Recht starken Beifall. In den Volkstümlichen Momenten erfüllte Violin-Romane in B-dur, die Leni Reich-Buchheim-Dresden auf einer wunderbaren Hoch-Weige hinreichend schön spielte. Die geschätzte Künstlerin (Schule Prof. Oberhardt) hat in der letzten Zeit an technischer Vollkommenheit und stilvoller Vortragstaktik erheblich gewonnen. Davon überzeugte in noch höherem Grade die faszinierende Wiebergabe der Kapodie von Volkmar Andrae (Jülich) und die der A-dur-Sonate (für Violine allein) von Max Regner. Mit Recht ließ die Geigerin ihren Partner am Flügel, Dr. Knoll, an den schmerzlichhaften Übungen teilnehmen. Der „Ophéus“ hat des weiteren noch eine Reihe wertvoller Neuheiten. „Das deutsche Lied“ von Friedrich Brandes (Leipzig) geht, wie die Dichtung von

halten. Mit einem seiner schwersten und langjährigsten Chöre, dem „Geistessturm“, erlangte die Sängerschaft beim Preisfesten schaffischer Männerchöre 1901 in Dresden den ersten Preis. So beging man denn auch am Sonntag den 20. im Werkhause zunächst eine musikalische Feier für den 40. Todesgedenktag des berühmten Tonbilders, der am 30. 10. 1883 starb. Der „Alteutsche Hymnus“, in Dresden bisher noch unbekannt, stellt mit dem achtstimmigen Toppelchor in der Harmonisierung und rhythmischen Gestaltung große Anforderungen, die jedoch unter Heinz Knoll's Stabführung fast restlos erfüllt wurden. In die Knoll besitzt der Verein überhaupt einen Rufster von vielseitiger Bildung und einen strebsamen Dirigenten, dem es Herzenssache ist, fesselnde Vortragsbedingungen auszumachen und diese mit der nötigen Sorgfalt vorzubereiten. Ferner konnte man gleich beim Eröffnungshörsaal erkennen, mit welcher Sangesfreude die in fastlicher Zahl anwachsenden „Ophéiden“ ihrem Chormeister folgten. Leichter als die „Hymne“ wogen die Stimmungsbilder „Von der Koppe“ und „An eine Tänzerin“, doch auch diese beiden Chöre (der letzte sogar in der Uraufführung) fanden mit Recht starken Beifall. In den Volkstümlichen Momenten erfüllte Violin-Romane in B-dur, die Leni Reich-Buchheim-Dresden auf einer wunderbaren Hoch-Weige hinreichend schön spielte. Die geschätzte Künstlerin (Schule Prof. Oberhardt) hat in der letzten Zeit an technischer Vollkommenheit und stilvoller Vortragstaktik erheblich gewonnen. Davon überzeugte in noch höherem Grade die faszinierende Wiebergabe der Kapodie von Volkmar Andrae (Jülich) und die der A-dur-Sonate (für Violine allein) von Max Regner. Mit Recht ließ die Geigerin ihren Partner am Flügel, Dr. Knoll, an den schmerzlichhaften Übungen teilnehmen. Der „Ophéus“ hat des weiteren noch eine Reihe wertvoller Neuheiten. „Das deutsche Lied“ von Friedrich Brandes (Leipzig) geht, wie die Dichtung von

halten. Mit einem seiner schwersten und langjährigsten Chöre, dem „Geistessturm“, erlangte die Sängerschaft beim Preisfesten schaffischer Männerchöre 1901 in Dresden den ersten Preis. So beging man denn auch am Sonntag den 20. im Werkhause zunächst eine musikalische Feier für den 40. Todesgedenktag des berühmten Tonbilders, der am 30. 10. 1883 starb. Der „Alteutsche Hymnus“, in Dresden bisher noch unbekannt, stellt mit dem achtstimmigen Toppelchor in der Harmonisierung und rhythmischen Gestaltung große Anforderungen, die jedoch unter Heinz Knoll's Stabführung fast restlos erfüllt wurden. In die Knoll besitzt der Verein überhaupt einen Rufster von vielseitiger Bildung und einen strebsamen Dirigenten, dem es Herzenssache ist, fesselnde Vortragsbedingungen auszumachen und diese mit der nötigen Sorgfalt vorzubereiten. Ferner konnte man gleich beim Eröffnungshörsaal erkennen, mit welcher Sangesfreude die in fastlicher Zahl anwachsenden „Ophéiden“ ihrem Chormeister folgten. Leichter als die „Hymne“ wogen die Stimmungsbilder „Von der Koppe“ und „An eine Tänzerin“, doch auch diese beiden Chöre (der letzte sogar in der Uraufführung) fanden mit Recht starken Beifall. In den Volkstümlichen Momenten erfüllte Violin-Romane in B-dur, die Leni Reich-Buchheim-Dresden auf einer wunderbaren Hoch-Weige hinreichend schön spielte. Die geschätzte Künstlerin (Schule Prof. Oberhardt) hat in der letzten Zeit an technischer Vollkommenheit und stilvoller Vortragstaktik erheblich gewonnen. Davon überzeugte in noch höherem Grade die faszinierende Wiebergabe der Kapodie von Volkmar Andrae (Jülich) und die der A-dur-Sonate (für Violine allein) von Max Regner. Mit Recht ließ die Geigerin ihren Partner am Flügel, Dr. Knoll, an den schmerzlichhaften Übungen teilnehmen. Der „Ophéus“ hat des weiteren noch eine Reihe wertvoller Neuheiten. „Das deutsche Lied“ von Friedrich Brandes (Leipzig) geht, wie die Dichtung von

den Gottesdienst zu beenden. Es ist das auch eine Art, die weitestgehende Autonomie des Staates und der Regierung zu haben, indem man auf diese Weise gesetzliche Anordnungen einer Landesregierung aufer Kraft setzt.

Zur Abgrenzung bietet die Textschrift auch sonst reiches Material zur Beurteilung der Zustände, die sich, unter dem militärischen Ausnahmezustand und nach dem Einmarsch der Reichswehr, in Thüringen herausgebildet haben, und des Bewusstseins der Bevölkerung gegenüber dem Reichsgewalt und immer schärfer klingender Militärdiktatur. Dabei hätte der Wehrkreiskommandeur ausdrücklich bestimmt, daß „sämtliche Behörden in ihrer Tätigkeit bleiben und der Gang der Verwaltung unverändert bleibt“.

Der unbequeme Generalstaatskommissar.

Der stille Kampf zwischen der bayerischen Regierung und dem Generalstaatskommissariat scheint langsam in ein grundsätzliches Stadium zu kommen. Veranlassung dazu gibt die Forderung der Eingriffe Rahr.

Der Kampf um die bayerische Regierungsgewalt.

Der stille Kampf zwischen der bayerischen Regierung und dem Generalstaatskommissariat scheint langsam in ein grundsätzliches Stadium zu kommen. Veranlassung dazu gibt die Forderung der Eingriffe Rahr.

Die neue Hitter-Offensive.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ führt in ihrer letzten Nummer lebhaft Klage darüber, daß die vielen Anordnungen des Generalstaatskommissariats schlecht oder gar nicht durchgeführt werden.

Schwere Beschuldigungen Rahr's.

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Das Düsseldorf Abkommen.

Das zwischen Ricum und dem Bergbauischen Verein vereinbarte Provisorium verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Pauschalzollsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Mill. Gold — 279 Mill. Frank.

Weg und Ziele des bayerischen Separatismus.

München, 25. November.

Halbamtlich wird bekanntgegeben: Die Anträge, die die Bayerische Volkspartei auf eine föderalistische Umgestaltung der Reichsverfassung im Reichstage einbracht hat, bedeuten den ersten Schritt zur Verwirklichung der verfassungspolitischen Ziele, die hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich von der bayerischen Regierung und den Koalitionsparteien in Aussicht genommen sind.

Der unbequeme Generalstaatskommissar.

Der Kampf um die bayerische Regierungsgewalt.

Der stille Kampf zwischen der bayerischen Regierung und dem Generalstaatskommissariat scheint langsam in ein grundsätzliches Stadium zu kommen. Veranlassung dazu gibt die Forderung der

Eingriffe Rahr's

Die Befugnisse und den Verwaltungsbereich der einzelnen Ministerien, während seine eigentliche Tätigkeit nur in der Ausübung der staatlichen Exekutive zu suchen ist. In allen bisherigen Konflikten hat der Generalstaatskommissar seinen Willen durchgesetzt, sei es auch nur in Kompromissen; denn diese sind stets zu dreiviertel auf Kosten der Regierung gegangen.

Wider die Gerüchte wird festgestellt,

daß das Verfahren wegen der Vorgänge am 8. und 9. November bereits bei den bayerischen Justizbehörden anhängig ist. Eine Auslieferung der Beteiligten an den Staatsgerichtshof der Republik kommt nicht in Frage.

Videant consules!

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Schwere Beschuldigungen Rahr's.

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Das Düsseldorf Abkommen.

Das zwischen Ricum und dem Bergbauischen Verein vereinbarte Provisorium verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Pauschalzollsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Mill. Gold — 279 Mill. Frank.

und diese Staatsregierung, das Gesamtministerium, hat in verfassungsmäßiger Form einen Generalstaatskommissar aufgestellt und ihm bestimmte Aufgaben delegiert. Auch kraft eigenen Rechts, nicht kraft eigenen Namens amtlet Herr v. Rahr, sondern weil ihm seine Gewalt durch die verfassungsmäßige Gewalt, durch die Staatsregierung, rechtmäßig übertragen worden ist.

„Videant consules!“

Videant consules!

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Schwere Beschuldigungen Rahr's.

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Das Düsseldorf Abkommen.

Das zwischen Ricum und dem Bergbauischen Verein vereinbarte Provisorium verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Pauschalzollsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Mill. Gold — 279 Mill. Frank.

Beurteilung der Vorgänge am den 8. November

herum bildet, erhält man die Gewissheit, daß der jetzige „Oberbayer“ nichts anderes ist, als eine Fortsetzung des verbotenen Kampfbund-Organs „Heimatland“.

„Am Donnerstag nachts um 11 Uhr, also nach der „Politikkomödie“ im Bürgerkeller, als Herr v. Rahr wieder seine vollständige Geschäftsfähigkeit hatte, besuchte ihn Führer zusammen mit Oberamtmann Friede im Generalstaatskommissariat.

„Videant consules!“

Schwere Beschuldigungen Rahr's.

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Das Düsseldorf Abkommen.

Das zwischen Ricum und dem Bergbauischen Verein vereinbarte Provisorium verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Pauschalzollsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Mill. Gold — 279 Mill. Frank.

„Videant consules!“

Schwere Beschuldigungen Rahr's.

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Das Düsseldorf Abkommen.

Das zwischen Ricum und dem Bergbauischen Verein vereinbarte Provisorium verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Pauschalzollsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Mill. Gold — 279 Mill. Frank.

„Videant consules!“

Schwere Beschuldigungen Rahr's.

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Das Düsseldorf Abkommen.

Das zwischen Ricum und dem Bergbauischen Verein vereinbarte Provisorium verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Pauschalzollsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Mill. Gold — 279 Mill. Frank.

„Videant consules!“

Schwere Beschuldigungen Rahr's.

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

Das Düsseldorf Abkommen.

Das zwischen Ricum und dem Bergbauischen Verein vereinbarte Provisorium verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Pauschalzollsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Mill. Gold — 279 Mill. Frank.

„Videant consules!“

Schwere Beschuldigungen Rahr's.

Die schätigen Führer des verbotenen und aufgelösten Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterhaltungs für ihre vielfache Propaganda gefunden.

„Videant consules!“

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die vielen Papiergehäule, die bei und ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Del-Valuta“, und in letzter Zeit sind englische Pfundnoten, Dollarkheine usw. vielfach nachgeahmt worden.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die vielen Papiergehäule, die bei und ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Del-Valuta“, und in letzter Zeit sind englische Pfundnoten, Dollarkheine usw. vielfach nachgeahmt worden.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die vielen Papiergehäule, die bei und ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Del-Valuta“, und in letzter Zeit sind englische Pfundnoten, Dollarkheine usw. vielfach nachgeahmt worden.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die vielen Papiergehäule, die bei und ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Del-Valuta“, und in letzter Zeit sind englische Pfundnoten, Dollarkheine usw. vielfach nachgeahmt worden.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die vielen Papiergehäule, die bei und ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Del-Valuta“, und in letzter Zeit sind englische Pfundnoten, Dollarkheine usw. vielfach nachgeahmt worden.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die vielen Papiergehäule, die bei und ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Del-Valuta“, und in letzter Zeit sind englische Pfundnoten, Dollarkheine usw. vielfach nachgeahmt worden.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die vielen Papiergehäule, die bei und ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Del-Valuta“, und in letzter Zeit sind englische Pfundnoten, Dollarkheine usw. vielfach nachgeahmt worden.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die vielen Papiergehäule, die bei und ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Del-Valuta“, und in letzter Zeit sind englische Pfundnoten, Dollarkheine usw. vielfach nachgeahmt worden.

Ein halbes Jahr gegen Banknotenflüher.

Die Fülle von Banknotenflüherungen haben sich in unseren Tagen, in denen der Kassendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben die genaue Nachprüfung der Echtheit sehr erschwert und den unermesslichen Banknotenfabrikanten ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet.

Die Kohlenabgabe erhöht sich um 2 Proz. für Bedürfnisse der Befahrung und um 5 Proz. für die italienischen Reparationen, jedoch in Wirklichkeit 25 Proz. der Förderung abzulesen sind. Das Provisorium stellt einen Mantelvertrag dar. Durch ihn wird mittels besonderer Abmachungen das Soll der einzelnen Zechen festgesetzt und jede Zechen für ihre Lieferung haftbar gemacht. Wird die Lieferung nicht erfüllt, so treten gewisse Strafen in Kraft. Sie kommen aber nicht in Frage, wenn unterschuldete Nichtlieferung vorliegt. Die Regie kann 15 Proz. der Förderung abrufen. Der Preis für die Regiekohle unterliegt freier Vereinbarung, er wird, wenn Differenzen entstehen, durch die Regie festgesetzt. Die beschlagnahmen Zechen werden zurückgegeben. Über Lieferung von Kohlendestillationsprodukten soll noch verhandelt werden. Wie wir erfahren, sind ähnliche Verträge, wie sie in der deutschen Industrie abgeschlossen worden sind, vorgelegen. Die beiden Hauptstreitpunkte, die Bezahlung der Krankentracht an die Regie und die Buchung der Reparationskohle haben eine hinlängliche Erledigung gefunden. Die Regie verzichtet gegenüber den Zechen auf Bezahlung der Fracht und übernimmt so den Transport ab Zechen. Die Buchung der Naturallieferungen wird im Provisorium mit Stillschweigen übergegangen. Nach dem „Echo de Paris“ hat in Paris eine Besprechung stattgefunden, an der Poincaré und der Leiter der Räumung teilgenommen haben. Sie hatte das Ergebnis gehabt, daß sich die französische Regierung das Recht vorbehalten habe, die Frage direkt mit der Reparationskommission zu regeln.

Das Ruhrprovisorium stellt eine ungeheure Belastung der Ruhrwirtschaft dar. Sie wird sich zuerst für die deutsche Gesamtwirtschaft in der Verknappung der Brennstoffbede und der Zollelastung für metallurgische und andere Erzeugnisse aus dem Ruhrgebiet äußern. Damit ist durch das Provisorium Deutschlands wichtigste Wirtschaftskreislauf und Rohstoffgebiet zollpolitisch und durch die wesentlich andere Struktur der Preisbildung und der Beschäftigten von den Städten der Textilwarenindustrie getrennt. Eine Verkümmern wesentlicher Teile der Ruhrindustrie ist voranzujehen.

Eine neue Phase der separatistischen Bewegung.

Ludwigshafen, 25. November.

Der Einmarsch der Separatisten in Ludwigshafen bedeutet eine neue Phase der separatistischen Bewegung. Es ist ohne Frage richtig, daß die rheinische Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit die Loslösungsbestrebungen nicht teilt und daß sie, wo ihr dazu die Möglichkeit geboten ist, sich auch energisch zur Wehr setzt. Aber entscheidend kann diese Abwehr leider so lange nicht sein, solange die Franzosen offen und heimlich den Separatisten Schutz gewähren. Denn nicht auf die Stimmung der Bevölkerung kommt es an, sondern auf die tatsächliche Machtverteilung. Seit der Aufgabe des passiven Widerstandes ist die wirtschaftliche Not in den besetzten Gebieten aufs höchste gekiegen. Sie führt an den festlichen Kränzen der Bevölkerung und lähmt ihre Widerstandskraft. Dazu kommt der stete Druck der französischen Behörden auf alle die Schichten, die ihre Reichweite irgendwie zu erkennen geben. Ist es doch schon so weit gekommen, daß den Separatistenführern von den Franzosen die Ausweisungsbefugnis erteilt wurde, von der ausgiebigster Gebrauch gemacht wurde. Hierzu kommt noch, daß die innerpolitischen Vorgänge im Reich in den besetzten Gebieten ganz anders beurteilt werden als im unbesetzten. Die innerpolitischen Wirren werden von den Franzosen und Separatisten dazu benutzt, um den völligen Zerfall des Deutschen Reiches in Aussicht zu stellen. Irrendeine Möglichkeit, solche Gerüchte nachzuweisen, gibt es für die Mehrheit des besetzten Gebietes nicht, da Pressefreiheit nach wie vor nicht besteht. In diesem Zusammenhang genommen, gewinnen also die Vorgänge in Ludwigshafen ein anderes Aussehen und haben mehr als nur lokale Bedeutung.

Hoover gegen eine Disfektion für Deutschland.

Berlin, 25. November.

Der amerikanische Handelssekretär Hoover war mit der Prüfung der deutschen Ernährungfrage betraut, da die Absicht bestand, Deutschlands Ernährung entweder mit großen Geldmitteln zum Ankauf von Lebensmitteln in den an Deutschland angrenzenden Ländern, oder mit Lebensmittelzusammensetzungen in Amerika zu Hilfe zu kommen. Hoover erklärt jedoch jetzt, wie die Auslandspresse, d. B. auch der „Matin“ berichtet, daß er nach eingehender Prüfung der Verhältnisse von einer Hilfe Amerikas abraten müsse. „Denn“, so sagt er, „die deutsche Ernte war in diesem Jahr eine gute Mittelernte. Es gibt genügend Vieh und es ist auch kein Mangel an Vorräten aller Art, insbesondere an Kartoffeln. Es herrscht nur barmangel, weil diejenigen Preise der Weizen, die die Lebensmittel erzeugen, sie nur zu allzu hohen Preisen an die wollebende Bevölkerung abgeben. Wenn aber die Deutschen irrtümlich, die ihren eigenen Vorkräften helfen

könnten, diese hungern lassen, weil sie viel Geld verdienen wollen, welche Veranlassung haben dann wir Amerikaner, den Deutschen beizuhelfen? Wenn tatsächlicher Nahrungsmittelmangel in Deutschland herrschen würde, müßten wir diesem Lande natürlich beizuhelfen, aber wir denken nicht daran, in Amerika Millionen von Dollars zu sammeln, wenn die deutschen Landwirte nicht das Ihrige tun wollen, um der Bevölkerung zu helfen.“

Der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen in Oesterreich.

Wien, 25. November.

Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie drohen sich zu einer großen Industriekrise zu erweitern. Die Unternehmer holen offenbar zu einem entscheidenden Schlag gegen die Organisationen den Grundbesitz der Entlohnung nach der Leistung unerträgliche Zustände geschaffen hat und daß gerade die bestqualifizierten Arbeiter und die Beamten in verantwortungsvoller Stellung beim Staat und in der Privatindustrie absolut und auch im Verhältnis zu den ungelerten Arbeitern und den übrigen Beamten sehr schlecht entlohnt sind. Die Regelung soll aber allem Anschein nach dazu ausgenutzt werden, jedes allgemeine Vertragsverhältnis bei der Befolgung aufzuheben und dadurch die Kraft der Organisationen zu brechen. Angestellte und Arbeiter haben nach dem ersten Vermittlungsversuch der Regierung ihre ursprüngliche Forderung nach gleichmäßiger prozentueller Erhöhung sollen gelassen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgebrochen, aber die Angehörigen in der ganzen elektrischen Industrie stehen bereits im Auslande, was die Unternehmer mit sofortiger Ausfertigung der Arbeiter in den betreffenden Betrieben beantworten und so eine Einheitlichkeit der „Stop“ und Handarbeiter geschaffen haben, wodurch die Lage noch verschärft wird. Das zeitliche Zusammenfallen der Lohnverhandlungen in der Industrie mit jenen bei den Bundesangestellten und den Eisenbahnern verleiht der Frage zugleich einen politischen Charakter.

Die „Affaire Zeigner“.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 870 vom 23. d. M.: Dr. Zeigner ist heute früh in das Leipziger Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Er ist vollständig zusammengebrochen. Die Verteidigung des ehemaligen Ministerpräsidenten haben die Rechtsanwälte Dr. Graf-Leipzig, Dr. Wally Hofmann und Justizrat Dr. Albersberg-Berlin übernommen. Wie von der Verteidigung mitgeteilt wird, stützt sich die Anklage auf die Aussage eines gewissen Möbius, eines berufslosen, selbstverleumdenden und vorbestraften Individuums, das zu solchen Dingen, die wegen irgendwelcher Verfehlungen angeklagt waren, hingezogen ist und, unter der Vorpiegelung, er könne bei Zeigner etwas erreichen, sich hat Geld geben lassen. Möbius soll allerdings mehrfach von Zeigner, der in der Erteilung von Unterredungen recht vorurteillos gewesen zu sein scheint, vorgelassen worden sein, sich zuerst lediglich als Mittelsmann für verschiedene Verurteilte eingeführt und dann später auch Zeigner Geld geboten haben. Zeigner habe ihn darauf hinausgeworfen. Auch die Person des deutschpöhlischen Rechtsanwalts Melzer, der, auf Grund des Materials von Möbius, die Anzeige erstattet hat, wird als nicht ganz sauber bezeichnet. Melzer soll sogar schon unter Verdacht gefanden haben, daß Verfahren aber, wegen Mangels an Beweisen, eingestellt worden sei.

Bemerkenswert ist eine Äußerung, die der zu Beginn die Verurteilung leitende Leipziger Staatsanwalt Fiedler dem Verteidiger Graf gegenüber getan haben soll. In einer Unterredung habe er dem Verteidiger erklärt, die Angelegenheit komme ihm gerade recht als Schlag gegen die Republik. Diese Äußerung sei mit dazu die Veranlassung gewesen, daß die Untersuchung in die Hände des Oberstaatsanwalts gelegt worden sei. Wie die Verteidigung weiter mitteilt, wird man die Voruntersuchung so sehr wie möglich beschleunigen, sodas man mit dem Prozeß schon in den nächsten Wochen wird rechnen können.

(N) In dem Dresdner Zentrumblatt, der „Sächsischen Volkszeitung“, und im Berliner „Tag“ hat Herr Bruno Sydow, der sich seit langem in den Blättern der verschiedensten Parteienrichtungen, so auch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und in der „Kölnischen Zeitung“, als der stumpfste Verbreiter der schändlichsten Lügen-Nachrichten über Sachsen und der giftigsten Hebnötigen gegen die Regierung Sachsens betätigt hat, einen besonders niederträchtigen Artikel zum Fall „Zeigner“ veröffentlicht. Er versucht darin die Anschuldigungen gegen Dr. Zeigner, die vorerst nur Anschuldigungen und noch durch nichts erwiesen sind, zu einem angeblichen Zusammenbruch der Sozialdemokratie auszuwickeln. Das braucht nicht zurückgewiesen zu werden, da dieses Verfahren sich in den Augen jedes denkenden Menschen von selbst richtet. Ebenfalls ist es selbst, alle die Unrichtigkeiten, Entstellungen und Niederträchtigkeiten, die der Herr über die Beamtenpolitik der sozialistischen Regierung vorbringt, im einzelnen zu kennzeichnen. Angeprangert aber werden muß das Unterfangen des Sydow, die Sozialisten und Demokraten, die, unter Dr. Zeigner als Justizminister und Ministerpräsident, in die sächsische Verwaltung berufen wurden, in Bausch und Bogen und ohne jeden Versuch eines Beweises als Gestaltungsstumpen, als Leute ziemlich brüchigen Rufes hinzustellen, als

Menschen, die dem (angeblich) bestechlichen Dr. Zeigner gefälligswert sind, deren Ehrenschild reichlich brüchig geworden, und denen der Boden in ihrer Heimat etwas heiß unter den Füßen geworden war. In diesem Zusammenhang wird auch die heimtückische Andeutung gemacht, Dr. Zeigner sei „ja keine Einzelseiung, sondern mit einer besonderen Leuchte — locus a non loquendo — unter einer großen Anzahl kleinerer Lichter, und es kann mit Bestimmtheit schon heute gesagt werden, daß eine große Reihe weiterer Standale, allerdings wahrscheinlich nicht von diesem Riesenausmaß, folgen werden.“

Die sächsische Regierung, die ein Interesse an der Integrität ihrer Beamten hat, und die einer solchen Pauschal-Verdächtigung eines erheblichen Teils der Beamenschaft nicht stillschweigend zusehen kann, fordert Herrn Bruno Sydow, der die Behauptungen in seinem Artikel „mit Bestimmtheit“ aufstellt, hiermit auf, seine Pauschal-Verdächtigung zu substantiieren, die Namen derjenigen Beamten zu nennen, auf die seine Behauptungen zutreffen sollen. Tut Herr Bruno Sydow das nicht, so ist er vor aller Welt als ein gewissenloser Schatzschneider gekennzeichnet.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Sächsisches Gesetzblatt. Die untern 22. Nov. ausgegebene Nr. 53 enthält: Vdg. über die vorübergehende Einstellung der Lieferung von Stempelmarken; 7. Vdg. über die Anpassung der Schlachtsteuer an den Geldwert; 8. Änderung des Gef., über die Befreiung der wirtschaftl. Verhältnisse der Beamten; Änderung der Aufst.-Vdg. zum Reg.-Vergefeh, sowie Vdg. über die Erhöhung der Hundsteuer.

Dresden.

Landesschule. Einen äußerst lehrreichen Vortrag über Teutisch-Südwestafrika hat Student Dr. Rieth. Nach einem Überblick über die Geschichte der Kolonien schilderte der Vortragende, der lange Jahre an der deutschen Schule in Windhuk tätig war, aus eigener Anschauung Land und Leute. Von schönen Landschaften unterhält, erklärte er die geologische Gliederung des Landes, die Fauna und Flora und die verschiedenen Bevölkerungstypen. Dann wandte er sich zu den deutschen Ansiedlern und ihrem Leben und erzählte in bereiten Worten, welche gewaltige Leistungen sie mit deutscher Tapferkeit und Fähigkeit, unbehindert durch die Angriffe der Engländer und Buren 1914 und 1915 verrichteten, dessen Verlauf Dr. Rieth in kurzen Strichen skizzierte. Seine Worte weckten in der dankbaren Zuhörerschaft den Wunsch, daß diese zukunftreiche Kolonie auch nicht für immer verloren sein möge.

Aus Sachsen.

Chemnitz. Amlich wird mitgeteilt: Dem Vernehmen nach strebt ein großer Teil von Gemeinden aus dem Rochlitz- und Hohenberg-Bereich nach Aufnahme in den amtschulmännlichen Bezirk Chemnitz. So sind vor allem Dingen die zum Bezirksamtbezirk Chemnitz gehörigen Dörfer Burgstädt, Heierdorf, Burkardsdorf, Rohsdorf, Göppersdorf, Mühlau, Hartmannsdorf, Lauro, Diehdorf, Rattersdorf, Clausnig, Röhndorf und Müllingsbain aus dem Rochlitz-Bereich und Nieder- und Oberlichtenau, Auerswalde und Garsdorf aus dem Hohenberg-Bereich ihren Anschluß nach der Amtshauptmannschaft Chemnitz zu finden. Auch aus Dittersdorf bei Einsiedel (zum Bezirk Hohenberg) sind Wünsche nach Aufnahme in den Verwaltungsbezirk Chemnitz laut geworden.

Borna. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Borna nimmt ein wertvolles Darlehen bei der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden auf und schlägt der Bezirksversammlung vor, 450 Dollar wertbändige Anleihe des Deutschen Reiches der Kinderfürsorge zu überweisen. Die Reichsregierung der Landgemeinde Beschwitz mit der Stadtgemeinde Retha vom zuständigen Ministerium genehmigt worden.

Tageschronik.

Ein Gemütskranke. In Reibach in Niederbayer ist der Bauer Fischer wegen Mordes verhaftet worden. Er gestand, daß er vier Handwerksburschen ums Leben gebracht und an verschiedenen Stellen vergraben hat. Den Leichen der Ermordeten vergrub er nach Entfernung des Bretterbodens in der Schlafkammer unter seinem Bett. Er brachte die Handwerksburschen im Streit wegen der Aufteilung von Diebesgut um.

Ein Personenzug von Räubern überfallen. Warschau, 24. November. Zwischen Riew und Charlow wurde ein Personenzug von einer bewaffneten Bande überfallen und ausgeplündert.

Zerlegener Falschmünzer. Hannover, 24. November. Hier wurde bei einem Händler eine Falschmünzwerkstatt ausgehoben. Die Polizei überreichte eine Reihe beschlagnahmter Material jutage, das unter dem Fußboden der Wohnung versteckt war. Die Falschmünzer besaßen sich in der Hauptsache mit der Herstellung von falschen Billionenstücken.

Devisenkurse, 26. November.

New York (1 Dollar): 4 189 500 000 000 Geld 4 210 500 000 000 Brief

Geringste Fahrwassertiefen innerhalb der sächsischen Elbstromfische

am 15. November 1923, gemessen bei einem Wasserstande von 114 Zentimeter unter Null am Dresdner Pegel.

I. Zwischen Elbham (sächsisch-poln. Grenze) und Pillnitz (Höhe)	Stromtiefe	an der Elbham	an der Pillnitz	an der Elbham
bei Schmiltz	4,1	205	190	220
• Pötelwitz	8,6	205	190	210
• Ratzen	22,7	205	225	200
• Birna, unterhalb der Brücke	34,5	205	235	205
II. Zwischen Pillnitz und dem Wehdorf bei Niederpoyritz	46,3	195	205	180
in Dresden, unterhalb der Albertbrücke	54,5	188	192	178
in Dresden, ehem. Weiserbrücke	56,8	190	190	185
III. Zwischen dem Wehdorf u. Rathsch (säch.-preuss. Grenze) in Weichen, rechtsseitig	82,0	205	195	205
Fahrt zw. d. Brücken in der Reiskner Fahrt an der Jahnbach	107,1	205	205	195

Die vorstehend angegebenen Stromstellen sind die seichtesten und die dabei stehenden Wassertiefen sind die mittl. gemessenen, nicht die Fahr- oder Tauchtiefen, die jeder Schiffer für sein Fahrzeug selbst zu bestimmen hat.

Beamtenstellen

In der Stadthauptkasse ist eine planmäßige Beamtenstelle nach den bestehenden Bestimmungen (Gr. VI oder VII), Ortst. B. Ges. nach Unterlagen bis 5. Dezember erb. 7219 Oelst. i. S., 24. Nov. 1923. Der Stadtrat.

Älterer Beamtenanwärter

für die Verwaltung (Rechtsamt), nicht unter 18 J., zum sofortigen Antritt gesucht. Besoldung nach B.-D. Gesetze usw. sind bis 2. 12. einzureichen. 7257 Reudorf i. Erg., den 26. November 1923. Der Gemeindevorstand.

Beamtenanwärter

für die Verwaltung (Rechtsamt), nicht unter 18 J., zum sofortigen Antritt gesucht. Besoldung nach B.-D. Gesetze usw. sind bis 2. 12. einzureichen. 7257 Reudorf i. Erg., den 26. November 1923. Der Gemeindevorstand.

Beamtenanwärter

ca. 17 J., holländ. selbständiger Arbeiter, für allgem. Verwaltung und Standesamt gesucht. Antritt 2. Jan. 1924. Bes. bist. nach Gr. V. Ortst. B. Ges. mit Zeugnisabsicht. bis 15. 12. erb. Wegen Wohnsitzort erhaltene Bewerber aus der Umgebung den Vorzug. 7258 Gemeindevorstand Oberhermsdorf (Bz. Chemnitz).

Kassierer

zur selbständigen Verwaltung der hiesigen Gemeindekasse für 2. Januar 1924 gesucht. Besoldung nach Gr. 7 der B.-D., Ortst. B. In Rossenbach gut vorgebildete Bewerber wollen Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis spätestens 15. Dezember hierher einreichen. Oberlungwitz, den 23. November 1923. Der Gemeindevorstand. 7255

Tageskalender.

Diensdag, 27. November. Staatsoper. Opernhaus. 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Mittwoh: Die Hölle von Salamanka. Salmanns Geheimnis. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schauspielhaus. Antichriste A: Was ihr wollt. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Mittwoh: Antichriste A: Sammelst. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Neues Theater. (Haus d. Kaufmannschaft.) Boyard. (Reisbühnen.) Anfang 7 1/2 Uhr. Mittwoh: Geschlossene Vorstellung. Refidenztheater. Die Giegrin. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr. Mittwoh: Diefelbe Vorstellung. Zentraltheater. Täglich 7 1/2 Uhr: Sarslet-Vorstellung.

Familiennachrichten.

Verst. Dr. Oberleutnant a. D. Friedrich Schmidt v. Hake in München mit Fr. Christa v. Besum in Giesing b. München. — Geb. Dr. Max Falbe in Dresden; Frau Amalie Auguste Dr. Schreiber geb. Fuhrmann (77 J.) in Dresden; Dr. Oberrechnungsrat Emil Kno Penke in Dresden; Dr. Sifisforster a. D. Emil Robert Schierge (69 J.) in Lungwitz b. Reichenh.; Dr. Gerhard Sievers in Dresden; Dr. Oberstadtschreiber Emil Schmidt (47 J.) in Dresden; Dr. Carl Bernhard Lohmann (84 J.) in Lausa; Dr. Edmund Buse, 1. Baubeamter (65 J.) in Lausa; Dr. Franzmann Alfred Winter (56 J.) in Dresden; Frau Dr. Dora Walter geb. Hojse (23 J.) in Dresden; Dr. Uhrmachermeister Arno Roggeneyer in Dresden.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung. Für den Einzelteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Ämtlicher Teil.

Befolgungsvorschläge für Gemeinden.

Die Befolgungsvorschläge für die Infolge der Erhöhung der Maßzahl von 100 000 000 auf 140 000 000 zu leistende Nachzahlung werden den Gemeinden usw. nach der Voranschlagsrechnung vom 1. 10. 1923...

Tropfen die Beschaffung der Zahlungsmittel und insbesondere der wertbeständigen Zahlungsmittel Sache der Gemeinden usw. selbst ist, hat sich das Ministerium des Innern bemüht, wertbeständige Zahlungsmittel für die Gemeinden usw. zu verschaffen...

Unterstützung von Kleinrentnern.

Mit Genehmigung des Reichsarbeitsministeriums wird folgendes bekanntgegeben: Die Unterstützung für die erste Dezemberhälfte ist sofort nach der Reichsrechnung vom 22. November = 831 Milliarden auszusahlen...

Berechnung des Preises bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser.

In Ergänzung der Verordnung vom 5. November d. J. wird folgendes bestimmt: Mit der Erstellung der nach § 1 Abs. 2 der Reichsverordnung vom 24. Oktober 1923 erforderlichen Genehmigungen...

Die Aufsichtsbehörden haben von jeder an Elektrizitätswerke erteilten Genehmigung eine Abschrift an die Direktion der Staatlichen Elektrizitätswerke einzureichen.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 B.W.G. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde...

Eintragung der am 8. September 1923 verlautbarten Versteigerungstermine aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden...

Am 1. auf Blatt 17175, betr. die Aktiengesellschaft Rüdow, Teutche Oelöl-Aktiengesellschaft in Dresden: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 13. Oktober 1923 ist laut Rotationsprotokolls vom gleichen Tage die Gesellschaft aufgelöst worden...

Am 2. auf Blatt 3236, betr. die offene Handelsgesellschaft Consortium für Güter An- u. Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsregister ist an den Kaufmann Friedrich Paul Schmidt...

Am 3. auf Blatt 11226, betr. die aufgelöste offene Handelsgesellschaft Bauunternehmung Seim & Niedeck in Dresden: Die Firma ist erloschen.

Am 4. auf Blatt 3833, betr. die Firma Bleyl & Raemmerer (Paul Th. Raemmerer) in Dresden: Die dem Verlagsbuchhändler August Hermann Wilhelm Wilsch erteilte Procura ist erloschen.

Am 5. auf Blatt 15931, betr. die Gesellschaft Hermann Spitzer & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Die Procura des Kaufmanns Richard Dietterle ist erloschen.

Am 6. auf Blatt 17959, betr. die Aktiengesellschaft Maschinenfabrik landwirtschaftlicher Genossenschaften Seifens, Aktiengesellschaft in Dresden: Zum Nachbändiger ist bestellt der Direktor Walter Theodor Ludwig in Dresden.

Am 7. auf Blatt 16157, betr. die Firma Pelzwarenhandl. Seidel & Eddert in Dresden: Procura ist erteilt dem Kaufmann Willy Marquardt in Dresden.

Am 8. auf Blatt 14710, betr. die offene Handelsgesellschaft Wähler & Bempel in Dresden: Der Ingenieur Georg Karl Eduard Bempel ist ausgeschieden.

Am 9. auf Blatt 18547, betr. die Firma Martin Landgraf in Dresden: Der Kaufmann Otto Martin Landgraf in Dresden ist Inhaber.

Am 10. auf Blatt 18548, betr. die Firma Oskar Thierbach in Dresden: Der Kaufmann Georg Oskar Thierbach in Dresden ist Inhaber.

Am 11. auf Blatt 15626, betr. die aufgelöste offene Handelsgesellschaft Gebrüder Herrmann & Co. in Dresden: Die Firma ist erloschen.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18549 die Gesellschaft Pflüge & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. November 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fortführung des bisher von der offenen Handelsgesellschaft in Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebenen gewerblichen Unternehmens.

Das Stammkapital beträgt eine Million Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinsam vertreten.

Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge, sämtlich in Dresden. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft allein vertreten.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Bilanz per 31. 12. 1922 der bisherigen offenen Handelsgesellschaft „Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co.“ Dresden, mit Aktien und Aktien von 1. Januar 1923 zu den Buchwerten eingetragen und zwar zu 1) mit M. 244 413, zu 2) u. 3) mit M. 220 775, zu 4) mit M. 63 997, zu 5) mit M. 168 219, zu 6) mit M. 121 760.

Der Buchwert des Grundstückes zu 7 ist in dem Aktienposten „Geschäftsanteile Friedrichsbad“, der eine Höhe von M. 157 769,03 aufweist, miteinhalten. Ebenso werden auf Grund der Bilanz der bisherigen mehrerwähnten offenen Handelsgesellschaft vom 31. 12. 1922 Zweigleisanlage, Gasmotor, Geschirre, Wagen, Pferde und Inventar zu den Buchwerten dieser Bilanz eingetragen.

Kaufmann Willy Jacob in Rähnitz-Hellerau: 2. auf Blatt 3236, betr. die offene Handelsgesellschaft Consortium für Güter An- u. Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden: Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Am 3. auf Blatt 11226, betr. die aufgelöste offene Handelsgesellschaft Bauunternehmung Seim & Niedeck in Dresden: Die Firma ist erloschen.

Am 4. auf Blatt 3833, betr. die Firma Bleyl & Raemmerer (Paul Th. Raemmerer) in Dresden: Die dem Verlagsbuchhändler August Hermann Wilhelm Wilsch erteilte Procura ist erloschen.

Am 5. auf Blatt 15931, betr. die Gesellschaft Hermann Spitzer & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Die Procura des Kaufmanns Richard Dietterle ist erloschen.

Am 6. auf Blatt 17959, betr. die Aktiengesellschaft Maschinenfabrik landwirtschaftlicher Genossenschaften Seifens, Aktiengesellschaft in Dresden: Zum Nachbändiger ist bestellt der Direktor Walter Theodor Ludwig in Dresden.

Am 7. auf Blatt 16157, betr. die Firma Pelzwarenhandl. Seidel & Eddert in Dresden: Procura ist erteilt dem Kaufmann Willy Marquardt in Dresden.

Am 8. auf Blatt 14710, betr. die offene Handelsgesellschaft Wähler & Bempel in Dresden: Der Ingenieur Georg Karl Eduard Bempel ist ausgeschieden.

Am 9. auf Blatt 18547, betr. die Firma Martin Landgraf in Dresden: Der Kaufmann Otto Martin Landgraf in Dresden ist Inhaber.

Am 10. auf Blatt 18548, betr. die Firma Oskar Thierbach in Dresden: Der Kaufmann Georg Oskar Thierbach in Dresden ist Inhaber.

Am 11. auf Blatt 15626, betr. die aufgelöste offene Handelsgesellschaft Gebrüder Herrmann & Co. in Dresden: Die Firma ist erloschen.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18549 die Gesellschaft Pflüge & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. November 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fortführung des bisher von der offenen Handelsgesellschaft in Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebenen gewerblichen Unternehmens.

Das Stammkapital beträgt eine Million Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinsam vertreten.

Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge, sämtlich in Dresden. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft allein vertreten.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Die Kaufleute Heinrich Franz Pflüge, Heinrich Moritz Pflüge und Max Franz Pflüge bringen in die Gesellschaft ein das von ihnen bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pflüge & Co. in Dresden betriebene Unternehmen und zwar mit sämtlichen Aktiven und Passiven, wie sie sich nach der Bilanz per 31. 12. 1922 ergeben haben.

Einzelprocura ist erteilt a) dem Direktor Friedrich Paul Schmidt, b) Amalie Gertrud Richter, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben:

Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung und Ernst Leopold, sämtlich in Leipzig, sollen gemäß § 31 Abs. 2 Handelsbuch von Amts wegen gelöscht werden. Es werden daher die Inhaber, Gesellschafter und Geschäftsführer oder deren Rechtsnachfolger hiermit aufgefordert, etwaige Widersprüche gegen die Löschung bis 15. März 1924 schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers hier geltend zu machen.

Amtsgewalt Leipzig, Abt. II B, 15. Nov. 1923.

Auf Blatt 347 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Kommanditgesellschaft unter der Firma Johannes Graupner & Co. in Lengenfeld eingetragen worden.

Amtsgewalt Lengenfeld (Sogl.), 22. Nov. 1923.

Auf Blatt 264 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Landwirtschaftliche Handelsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lommajsh mit dem Sitz in Lommajsh und weiter eingetragen worden.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 648, betr. die Firma Carl F. Schmidt in Reichen: Der Kaufmann Karl Oswald Schmidt in Reichen ist in das Handelsregister eingetragen.

Amtsgewalt Lommajsh, am 22. November 1923.

An unsere Bezüher! Nach den posthumer Bestimmungen werden die Bezugspreise der deutschen Zeitungen in Goldmark erhoben. Die Sächsische Staatszeitung kostet für Dezember 5 Goldmark. Eine Nachforderung auf diesen feststehenden Preis wird für Dezember nicht erfolgen.

Dresden. Schwerste Strafen für Ablehnung von Reichspapiermarkt. In der Mitteilung vom 20. d. M. wird bemerkt, daß die Strafen nicht für den Einzelhandel allein, sondern auch für den gesamten Handel geltend haben und daß sich selbstverständlich nur das ungelegte Papier d. h. übertriebene Steigen der Grundpreise in Goldmark damit getroffen werden sollte.

Ernente Warnung vor Goldmark-Spekulation. Das Preisamt des Volkseigenen Reichsbesitzes teilt folgendes mit: In der letzten Zeit ist in der Tagespresse wiederholt vor den Goldmark-Spekulationen gewarnt worden. Es wird ersucht, von Arbeitern, die wertbeständiges Geld bekommen haben, dieses gegen Papiermark, zum Teil zu höheren Preisen, einzukaufen oder zu kaufen.

